

B Ü N D N I S 9 0 / D I E G R Ü N E N Ortsverband Zülpich

C/o Angela Kalnins Düsseldorf Str.79 53909 Zülpich
Tel. 02252/4256 Email akalnins@gmx.de

Zülpich, den 25.06.2013

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

das nächste Jahr im HSK, diesmal soll es ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept sein, weil wir in Zülpich weiterhin selbst unser Schicksal verwalten wollen.

Die Räume, um Politik zu gestalten, werden seit Jahren immer geringer, fast nur durch die Maßnahmen zur LaGa 2014 gibt es noch Gestaltungsmöglichkeiten.

Zur genaueren Betrachtung fangen wir bei den äußeren Faktoren des Haushalts an.

Der immer wieder als zu hoch bemängelte Anteil an der **Kreisumlage** dient der Versorgung der Stadt Zülpich in erster Linie im sozialen Bereich. Hier wird für Zülpich viel Geld in die Hand genommen, das für unsere Bürgerinnen und Bürger notwendig ist, Leistungen erbracht, auf die hier niemand verzichten will und kann.

Auf eine Leistung verzichten wir übrigens freiwillig, obwohl wir auch dafür unseren Anteil zahlen:

Das sind die **Babybegrüßungsbesuche**, die hier von den Ortsvorstehern bzw. den stellvertretenden Bürgermeistern durchgeführt werden. Der Kreis bietet Besuche von Fachkräften an, die in der Lage sind, Probleme und Sorgen der Familien zu erkennen und fachlich fundiert an Lösungen zu arbeiten.

Die Ziele der Babybesuche des Kreises können hier nicht erbracht werden. Gut, dass wir trotzdem dafür und für unsere eigenen Pakete zahlen. Wir haben es ja.

Was wir in dem Zusammenhang nicht haben, sind ein paar freundliche Worte im Anschreiben an die frisch gebackenen Eltern.

Wir Grünen erklären uns gern bereit, diese zu spenden, damit wenigstens der Ton im Anschreiben stimmt.

Es ist nicht so, dass hier der Kreis zum eigenen Vergnügen die Kosten hoch treibt.

Es gibt **straffe Konzepte**, im Gegensatz zur Politik in der Stadt Zülpich eine konsequente und permanent durchgeführte Aufgabenkritik, bei der wirklich jeder Haushaltsposten auf den Prüfstand kam und kommt. Wir haben das einmal angefangen. Sinnvoll ist eine regelmäßige Überprüfung.

Außerdem wurde dem Kreis ein rigides **Personalmanagement** auferlegt, wie auch in den HSK-Kommunen. Stellenmehrungen treten nur ein, wenn sie von anderer Stelle verlangt werden.

Die Tatsache, dass dort wie auch hier in Zülpich Arbeiten wegen Überlastung nicht mehr ordentlich gemacht werden oder dass Mitarbeiter erkranken und lange ausfallen, ist eine unausweichliche Begleiterscheinung dieser Politik. Manchmal bringt Mehr auch Mehr, das muss abgewogen werden. Ist dieses Abwägen nicht gestattet, so handelt es sich in den Augen der Grünen Fraktion an der Stelle auch um eine Art von Geldverschwendung.

Schlimm ist in unseren Augen auch, dass Zülpich als HSK-Kommune keine Auszubildenden annehmen kann. Wo sollen wir denn demnächst neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden? Den meisten anderen Kommunen geht es ebenso.

Dabei sollte die öffentliche Hand als Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb ein Vorbild für die freie Wirtschaft sein.

In Zülpich zwingt man uns, die Personaldecke so dünn zu halten, dass aktuell der Bauhof viele ältere Personen beschäftigt sind, die die anfallende Arbeit kaum bewältigen können. Eine Lösung des Problems ist mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht zu finden. Eine Aufstockung des Personals oder die Aufnahme von Azubis sind nicht möglich. Wir haben jedoch nicht mehr viel Zeit nach Lösungen zu suchen und sind dabei, die Handlungsfähigkeit zu verlieren.

Der Kreis ist manchmal auch gezwungen, Stellen einzurichten, obwohl deren Sinnhaftigkeit zweifelhaft ist.

So mussten in der Kreisverwaltung zum Beispiel anderthalb Stellen zur Umsetzung der von niemand wirklich gewünschten **Herdprämie**

eingerrichtet werden. Nur damit dieses in den KiTas viel besser angelegte Geld unter die Leute kommt und viele Kinder, die es nötig hätten, vom Besuch einer KiTa fern gehalten werden, müssen wir auch noch unseren kommunalen Anteil für diese 1,5 zusätzliche Stellen bezahlen.

Die **Schlüsselzuweisungen** des Landes sind wieder gesunken. Abgesehen von der immer noch herrschenden **Ungleichverteilung** zwischen Stadt und Land war eine Reduktion abzusehen, weil sich die Bemessung an den Steuereinnahmen des vergangenen Jahres orientiert. Wenn wirtschaftlich gut aufgestellte Betriebe viel Gewerbesteuer in die Stadtkassen spülen, wie es im letzten Jahr wieder geschehen ist, ist eine Reduktion der Schlüsselzuweisungen die Folge. Dies ist ein Problem, das in der Struktur dieser Zuweisungen begründet ist und für dessen Korrektur wir uns einsetzen.

In diesem Jahr wurden die **Realsteuern** zum zweiten Mal in Folge angehoben, weitere Erhöhungen sollen in den nächsten Jahren folgen. Diese Entwicklung sehen wir in den anderen Kommunen in der Umgebung genauso, mal mehr, mal weniger stark ausgeprägt. Wir haben Sorge, dass ein Ausreizen der Realsteuersätze der Stadt letztlich mehr Schaden als Nutzen bringt. Wenn Einwohner anfangen zu überlegen, in günstigere Städte zu ziehen, wenn die Entwicklung der Gewerbesteuer eine Höhe erreicht, die Unternehmen hindert, sich hier anzusiedeln, zieht das Instrument nicht mehr.

Unser **Einnahmeproblem** ist nicht hausgemacht. Unsere Einnahmen sind abhängig von der für die ansässigen Unternehmen wechselnden Auftragslage. Kleine Betriebe erwirtschaften häufig ohnehin nicht genügend, um einen Beitrag in die Stadtkasse leisten zu müssen. Die von unseren Einwohnern und Betrieben gezahlten Steuern sollten eigentlich ausreichen, die Stadt am Laufen zu halten. Es fehlen grundlegende Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, die die untere Ebene, und besonders den ländlichen Raum, unterstützen. Hier müssen wir gemeinsam mit anderen Betroffenen und parteiübergreifend Widerstand leisten. Auch die von Grünen mitregierte Landesregierung muss sich bewegen und strukturelle Änderungen herbeiführen. Wir benötigen wirksamere Einnahmequellen, die uns nicht zwingen das Wohnen und die Arbeitsplätze immer teurer zu machen, handlungsfähig zu bleiben.

Die **KiTas** bleiben in städtischer Hand. Das ist ein großer Erfolg für die engagierten Bürgerinnen und Bürger und ein großer Erfolg für gelebte Demokratie in Zülpich!

Der Haushaltsansatz zu Fortbildungsmaßnahmen für die städtischen Erzieherinnen ist wie schon seit langem sehr gering. Dennoch sind sie gut ausgebildete Kräfte, deren Wissen auf der Höhe der Zeit ist.

Wie haben sie das gemacht?

Sicherlich sind ihr außergewöhnliches Engagement und ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation von Bedeutung. Wir bedanken uns bei den städtischen Erzieherinnen für ihre Arbeit und bei der Verwaltung für die notwendigen Freiräume, um die Einrichtungen zu gestalten. Um den steigenden Anforderungen an die Qualität der KiTas auch weiterhin gerecht zu werden, fordern wir eine **halbe Stelle als pädagogischen Fachberatung** einzurichten. Diese Person kann die Qualität unserer Einrichtungen dokumentieren und weiterentwickeln. Wenn wir dann wieder einmal darüber sprechen, können wir uns auf Fakten stützen statt uns erneut in Mutmaßungen zu ergehen. Wir sind überzeugt, dass sich eine Fachberatung durch Akquise von Fördermitteln schon nach kurzer Zeit mehr als **selbst finanziert**.

Der **Schulstandort Füssenich** ist hart umkämpft. Wir Grünen in Zülpich setzen uns für seine Beibehaltung ein. Unsere Gründe dafür sind hinlänglich bekannt und wurden von uns mehrfach sachlich dargelegt. Ich möchte hier nochmals klarstellen, dass der Schulstandort ohne Nachteile für andere Grundschulen erhalten bleiben kann. Die Auseinandersetzung wird nun in einen Bürgerentscheid münden, der der Vorlage nach zwei Wochen vor der Bundestagswahl zur Abstimmung gestellt werden soll.

Haben wir wirklich **so viel Geld zu viel**? Eine solche Abstimmung kann uns zwischen 20.000€ und 30.000€ kosten. Was spricht dagegen, sie mit der Bundestagswahl zusammen zu legen?

Haben Sie etwa **Angst**, dass der Bürgerentscheid das Quorum erreicht oder gar erfolgreich endet?

Wir fordern den Termin für den Bürgerentscheid auf den Tag der Bundestagswahl zu legen.

Es ist nicht zutreffend, dass dies nicht möglich ist. In Bedburg zum Beispiel ist dies kein Problem und in Köln ist eine Zusammenlegung solcher Termine zur Kostenreduktion sogar satzungsgemäß festgelegt.

Wir fordern Sie auf: **Lassen Sie uns den Haushalt und die**

Mitarbeiter der Verwaltung entlasten.

Dass der Bau der **Biogasanlage** in Merzenich gerichtlich gestoppt werden konnte, freut uns aus mehreren Gründen.

Zum einen war das Konzept, die Anlage mit Zuckerrüben zu betreiben, in unseren Augen der falsche Weg. Lebensmittel müssen zur Ernährung genutzt werden und die guten Böden in der Börde müssen in erster Linie der Gewinnung von Lebensmitteln und nicht der Gewinnung von Energie dienen.

Dass letztlich der fehlende Flächennachweis zur Ablehnung führte, ist in unseren Augen ein Hinweis sowohl an die Kreisverwaltung als Genehmigungsbehörde als auch an die Landwirtschaftskammer, die die Angaben des Investors einfach bestätigt hat. Eine **wirkliche Prüfung** dieser Anträge findet nicht statt. Die Angaben des Antragstellers werden einfach **nach Plausibilitätsprüfung** übernommen. Beide Stellen hätten es auf jeden Fall besser wissen müssen. **Wir sind nicht gegen Biogasanlagen**, aber man muss den Standort, die Art der Befüllung, das Ausbringen des Substrats und viele andere Parameter im Auge behalten.

Nun werden hoffentlich alle Akteure zu wesentlich aufmerksamerem und kritischerem Bearbeiten der entsprechenden Anträge angehalten.

Leider kann man diese Argumentation nicht einfach dem Verfahren zur Genehmigung der **Putenmastanlage** überstülpen.

Aber auch dort sind die Hürden, die der Investor nun mit dem Aufrüsten der Wirtschaftswege zu nehmen hat, sehr hoch gehängt. Das könnte dann dazu führen, dass die Anlage aus Kostengründen nicht gebaut wird.

Aber auch die anderen Einwendungen, Geruchsbelästigung, Gesundheitsgefährdung, fehlender Tierschutz verlangen eine ordentliche Prüfung der von den Investoren vorgelegten Gutachten. **Eine reine Plausibilitätsprüfung kann nicht genug sein.**

Die geplante **Verlegung der Kirmes** vom Markt auf den Parkplatz am Kölntor ist eine Geldverschwendung mit Ansage! Schon bei der Vorstellung des Neukonzepts des Marktplatzes wurde das Thema von uns kritisch hinterfragt, aber der Standort Marktplatz war "alternativlos". Der Bodenbelag für den ursprünglich von Fahrzeugen genutzten Teil des Marktplatzes sollte lt. Verwaltung den Anforderungen genügen.

Aber schon in den ersten Monaten der Nutzung zeigten sich Abriebprobleme beim Drehen der Reifen an einer Stelle, was ja bei ganz normalen Parkmanövern durchaus passieren kann, wenn man die Räder einschlagen muss.

Was ist denn auf dem Markt schief gegangen? **Was ist mit Gewährleistung?**

Am meisten ärgert uns jedoch der Stromkasten, der extra für die Kirmes direkt an dem ausgegrabenen und schön gestalteten Brunnen aufgestellt wurde und wirklich ein Schandfleck an dieser Stelle ist.

Für die zur dauerhaften Verlegung notwendigen Arbeiten am Kölntor soll ein Betrag von etwa 15.000€ zur Verfügung gestellt werden.

Für eine Aufwertung des Bahnhofsvorplatzes aber nicht?

Gäste, egal ob zur LaGa im kommenden Jahr oder Besucher zu den anderen Zeiten, werden sich nicht wirklich eingeladen fühlen, wenn sie am Zülpicher Bahnhof ankommen.

Die Ehrenamtler vom AK Bördebahn haben schon so viel Arbeit geleistet. Irgendwann sollte auch die Stadt Zülpich an der Stelle aktiv werden.

Und das sollte mehr sein, als einen Hänger voll Baumaterial abzukippen!

Das im Ausschuss genannte Argument, es seien keine Mittel mehr vorhanden, wird, wie man sieht, durch die Planungen für den Parkplatz Kölntor ad absurdum geführt. Am Bahnhof ist das Geld aber mit Sicherheit besser investiert als in Stromkästen.

Damit sind wir auch beim Thema **ÖPNV** angekommen:

Wir benötigen eine bessere ÖPNV-Anbindung für Zülpich und die Ortschaften.

Innerhalb der Gemeinde lässt sich noch einiges mit dem Anrufsammeltaxi AST bewältigen, aber gemeindeübergreifend sieht es schlecht aus.

Abends findet praktisch kein ÖPNV mehr statt. Zülpich ist unter der Woche ab 20 bzw. 21 Uhr, an Wochenenden sogar noch früher, ab Ertstadt, Euskirchen, Mechernich oder Düren nicht mehr zu erreichen.

Das sind Zustände , die einer Stadt nicht würdig sind!

Junge Leute erwarten Angebote zur Mobilität. Jetzt haben alle ein Schülerticket, aber zu wenig Verbindungen, um es zu nutzen. Und auch deren Wünsche enden nicht um 20 Uhr.

Die Erweiterung der Fahrzeiten der **SB 98**, die für die LaGa geplant ist, muss schon **jetzt** schnellstens eingeführt und auch in der Zukunft als

Mindeststandard beibehalten werden. Dazu gehört auch für den Samstag und Sonntag ein Stundentakt zwischen Euskirchen und Düren. Die SB 98 sollte auch das Problem nicht sein.

In ihrer jetzigen Konstellation fährt sie Gewinne ein und wir sind sicher, mit etwas Hartnäckigkeit beim Kreis Euskirchen ist ein **Abrechnen** dieser, als Schienenersatzverkehr konzipierten, Linie über die **Kreisumlage** möglich, und nicht die verbrauchsscharfe Abrechnung über die ÖPNV-Umlage. Wer das dann ändern will, muss die Bördebahn reaktivieren, dann fällt die SB 98 weg.

Wir müssen uns auch bewusst machen, dass aufgrund der schlechten Anbindung viel **Touristenverkehr an Zülpich vorbei** läuft, wenn wir an dieser Stelle nicht für vernünftige Bedingungen sorgen.

Im Kreis wird 2014 ein **Gästeticket** eingeführt.

Touristen können dann mit Bus und Bahn quer durch den VRS-und AVV-Bereich fahren. Sie werden sich aber, besonders am Wochenende, hüten, nach Zülpich zu kommen, denn hier können sie nicht mehr oder kaum noch weg.

Eine gute Anbindung zwischen Düren und Euskirchen, auch per Bahn, ist unerlässlich, sonst wird Zülpich auch touristisch weiter abgehängt.

Wollen wir den Schwung der LaGA mitnehmen? Hier ist ein Feld, das wir dringend bearbeiten müssen. Noch kann man auf die Fortschreibung des ÖPNV-Bedarfsplans Einfluss nehmen.

Ich nutze jede sich bietende Gelegenheit, auf die schlechte ÖPNV-Anbindung von Zülpich aufmerksam zu machen.

Aber wir müssen ALLE dafür eintreten!

In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im April wurde uns von Vertretern der Ene das Konzept eines **Bürgerwindparks** vorgestellt. Diese Windparks mit Beteiligungen der anliegenden Bürgerinnen und Bürger und mit Beteiligung der Kommunen erfreuen sich immer größer werdender Beliebtheit.

Nun ist ja zumindest unser seit über 10 Jahren immer wieder umgeplanter Windpark in der Umsetzung, auch wenn zurzeit Stagnation zu herrschen scheint.

Wir sehen es als wichtig an, die Idee des Bürgerwindparks weiter zu verfolgen. Dabei sollte auch im Augenmerk sein, dass es für die Stadt und unsere Finanzen sinnvoll und hilfreich ist, zu untersuchen, ob **städtische Flächen** dafür in Frage kommen.

Dies ist sicher eine Möglichkeit, eine neue, **zuverlässige Finanzquelle** zu erschließen.

Wir, die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, können **nicht verstehen**, wie leichtfertig Geld für Stromkästen als Ersatz für einen fehlgeplanten Kirmesplatz ausgegeben wird und es ist uns **unverständlich**, dass man einen Bürgerentscheid auf einen ungünstigen und kostenintensiven Zeitpunkt verlegt, nur um seine Erfolgsaussichten zu schmälern.

Bei einer der Stadt angemessenen ÖPNV-Anbindung, bei kleinen Dingen wie der Gestaltung des Bahnhofsplatzes ist dann auf einmal **kein Geld mehr da**, nur weil man kein Interesse daran hat oder die Klientel etwas anderes erwartet.

Man kann nicht nur **Geld aus dem Fenster** werfen, indem man das **Falsche macht** sondern auch **Chancen verspielen**, indem man das **Richtige lässt**.

Für beides haben wir Ihnen Beispiele gebracht. Beim knappen Finanzrahmen der Stadt Zülpich ist das für uns nicht hinnehmbar.

Deshalb lehnen wir für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Haushalt 2013 ab.

Wir wollen aber nicht versäumen, unserem Kämmerer Herrn Voigt und seinem Team an dieser Stelle sowohl für die vorbereitenden Arbeiten als auch für die bereitwillige Unterstützung bei der Beratung des Haushalts unseren aufrichtigen Dank aussprechen.

Angela Kalnins